

## BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

### NEWSLETTER AUSGABE 3/2012

1. [EDITORIAL](#)
  - Lothar Harles, Vorsitzender bap
2. [„VIELE JUGENDLICHE HABEN PROBLEME, DIE TRENNLINIEN ZWISCHEN DEMOKRATIE UND DIKTATUR ZU ERKENNEN.“](#)
  - Interview mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Schroeder
3. [PREIS POLITISCHE BILDUNG – AUSSCHREIBUNG HAT BEGONNEN](#)
  - Thema: „Politik? – Das verstehen wir darunter!“
4. [TRÄGER VERABSCHIEDEN STELLUNGNAHME ZUM JAHRESSTEUERGESETZ 2013](#)
  - Forderung: Abgrenzungskriterium der „reinen Freizeitgestaltung“ streichen
5. [RICHTLINIEN FÜR DIE BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG VERÖFFENTLICHT](#)
  - Auch Schwerpunktthemen für 2013 stehen fest
6. [JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG](#)
  - Thema 3/2012: Neue Formate
7. [AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN](#)
  - Themen u.a. Deutsch-französisches Jugendwerk, Vorsteuerabzug, Rechtsextremismus
8. [TERMINE UND HINWEISE](#)
  - Informationen aus der Politischen Bildung

## 1. EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) schreibt in diesem Jahr zum dritten Mal den „Preis Politische Bildung“ aus. Das diesjährige Thema lautet „Politik? – Das verstehen wir darunter!“ Diesen Schwerpunkt haben wir bewusst gewählt, denn in unserer Gesellschaft stehen Politik, speziell jedoch politische Entscheidungen immer wieder in der Kritik. Gleichzeitig sind alle Bürger und Bürgerinnen – ob jung oder alt – von diesen Entscheidungen betroffen, und das oftmals, ohne deren Zustandekommen nachvollziehen zu können. 2013 ist Bundestagswahl. Schon sieht man die ersten Vorboten des Wahlkampfes: die Parteien bringen ihre Spitzenkandidatinnen und –kandidaten in Stellung, erste Konstellationen werden angestrebt, andere von vorneherein ausgeschlossen. Reiner Lagerwahlkampf also statt inhaltlich geführter Debatten? Uns als Profession, deren Stärke in den Inhalten und deren Vermittlung liegt, kann das nicht genügen.

„Politik? Das verstehen wir darunter!“. Aus Anlass dieses Themas haben wir mit dem Politikwissenschaftler Prof. Klaus Schroeder ein Interview geführt. Er stellt den Zusammenhang her zwischen historischem Wissen und der Bewertung von politischen Systemen – und kommt zu einem erschreckenden Ergebnis: Viele Jugendliche kennen den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur nicht. Das sollte die Politik, aber auch uns als politische Bildner nachdenklich stimmen. Klar ist: es besteht Handlungsbedarf. Wir als bap mit seinen Trägerverbänden nehmen diese große Herausforderung an.

Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, die den Preis finanziell und ideell unterstützen.

Wir freuen uns auf viele, spannende Einreichungen und Projekte.

Lothar Harles  
Vorsitzender bap

[zur Übersicht](#)

## 2. „VIELE JUGENDLICHE HABEN PROBLEME, DIE TRENNLINIEN ZWISCHEN DEMOKRATIE UND DIKTATUR ZU ERKENNEN.“

Interview mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Schroeder

---

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Schroeder hat in einer Studie das historische Wissen von Jugendlichen über den Nationalsozialismus, die DDR sowie die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung untersucht. Im bap-Interview stellt er die wesentlichen Ergebnisse vor und gibt Hinweise, wie durch politische Bildung das Wissen über politische Zusammenhänge gestärkt werden kann. Und er stellt heraus, dass auch mehr als zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung das Geschichtsbild – und damit verbunden das Politikverständnis – in Ost und West noch durchaus unterschiedlich ist.

**Sie haben in einer bundesweiten Studie zeitgeschichtliche Kenntnisse von Jugendlichen untersucht. Welches sind die zentralen Ergebnisse?**

Das zentrale Ergebnis der Studie ist der erneut bestätigte Zusammenhang von historischem Wissen und Systembewertung. Dieser zeigt sich durchgängig für alle Fragen zu den vier Systemen sowie zu deren Gleichwertigkeit. Je höher das systemspezifische Wissen der befragten Schülerinnen und Schüler ausfällt, desto häufiger werden Nationalsozialismus und DDR als Diktaturen und die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung jeweils als Demokratie eingestuft. Wer dagegen wenig weiß, kommt öfter zu anderen Systembewertungen. Wer nicht weiß, was eine Demokratie auszeichnet oder eine Diktatur charakterisiert, kann die vier Systeme nicht angemessen einordnen und unterscheiden.

**Woran lässt sich das festmachen?**

Viele Jugendliche haben Probleme, die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur zu erkennen. Knapp jeder vierte Befragte hält den Nationalsozialismus für durch demokratische Wahlen legitimiert und knapp jeder dritte attestiert dies der DDR. Dabei betrachtet knapp jeder dritte Schüler mit in der DDR geborenen Eltern, aber nur knapp jeder vierte mit in der Bundesrepublik geborenen Eltern den SED-Staat für durch demokratische Wahlen legitimiert. Bei Kindern aus Migrantenfamilien liegt dieser Wert bei über 40 Prozent. Weitaus auffälliger, um nicht zu sagen erschreckender, sind die Ergebnisse für die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung: Nur gut die Hälfte beziehungsweise lediglich drei Viertel der befragten Schüler gehen davon aus, dass die alte beziehungsweise die neue Bundesrepublik durch demokratische Wahlen legitimiert war und ist.

**Ein erschreckendes Bild, das die Studie da zeichnet ...**

Noch extremer fallen die Ergebnisse der Fragen nach einem allgemeinen Demokratie- bzw. Diktaturcharakter der vier Systeme aus: Keinen Zweifel am Diktaturcharakter des Nationalsozialismus hat lediglich gut jeder zweite Schüler, bezogen auf die DDR sogar nur gut jeder dritte. Die anderen Jugendlichen – knapp die Hälfte beim Nationalsozialismus und knapp zwei Drittel bei der DDR – sind sich unsicher, wie sie diese beiden Systeme einordnen sollen oder bewerten sie ausdrücklich nicht als Diktaturen.

Die alte Bundesrepublik hält nur gut die Hälfte der Befragten für eine Demokratie und selbst das wiedervereinigte Deutschland wird nur von gut 60 Prozent ausdrücklich als Demokratie eingestuft. Die Ergebnisse der Fragen, auf welchen Feldern die Systeme als gleichwertig einzuschätzen sind, bestätigen bei überraschend vielen Schülern die Annahme einer unzureichenden Fähigkeit zur Differenzierung zwischen Demokratie und Diktatur. Knapp 40 Prozent der Jugendlichen, bei

Migrationskindern fast die Hälfte, können nicht durchgängig zwischen den charakteristischen Merkmalen und Dimensionen von demokratischen und diktatorischen Systemen differenzieren. Eine nennenswerte Minderheit hält alle vier Systeme gleichermaßen nicht für Rechtsstaaten, sieht eine gleiche Gewährleistung individueller Menschenrechte und eine gleiche individuelle Selbstbestimmung.

### **Wie kann durch politische Bildungsarbeit das Wissen über politische Zusammenhänge gestärkt werden?**

Der schulische und außerschulische Geschichtsunterricht muss vor allen Dingen lebendiger werden. Junge Menschen sollten in den Lernprozess aktiv eingebunden werden. Bezogen auf bestimmte historische Ereignisse, wie den 17. Juni 1953, den Mauerfall oder die 68er-Bewegung und den Linksterrorismus, können sie beispielsweise Zeitzeugen befragen und deren Äußerungen mit den Fakten konfrontieren. Darüber hinaus haben gut vor- und vor allem nachbereitete Gedenkstättenbesuche einen hohen Stellenwert, um bleibende Eindrücke zu hinterlassen. Das Wichtigste ist meiner Meinung nach aber die Verknüpfung der Vermittlung historischer Fakten und Zusammenhänge mit den Normen und Werten eines freiheitlich-demokratischen Systems. Ziel politischer Bildung müssen die Stärkung eines freiheitlich-demokratischen Geschichtsbewusstseins und die Immunisierung gegen diktatorische Verführungen gleich welcher Couleur sein. Die Auseinandersetzung mit den zwei Diktaturen in Deutschland darf nicht zu ihrer Gleichsetzung führen: Weder dürfen die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert noch das Unrecht im SED-Staat banalisiert werden.

Eine Gesellschaft sollte sich dabei nicht nur an negativen Erinnerungen abarbeiten, sondern auch positive kollektive Vergangenheitsbezüge schaffen. An denen mangelt es weiterhin im vereinten Deutschland. „Befreiung“ beziehungsweise „Freiheit“ könnten derartige positive Bezugspunkte sein. Die unterschiedliche Befreiung von zwei Diktaturen und die dadurch gewonnene Freiheit – im Westen nach der Gründung der Bundesrepublik, im Osten nach der Wiedervereinigung – schufen die Voraussetzungen für die Entstehung und Entwicklung einer zivilen Gesellschaft, auf die wir zu Recht stolz sein können.

### **Zu Ihren Forschungsschwerpunkten zählen weiterhin die deutsche Wiedervereinigung und der folgende Transformationsprozess. Gibt es – auch heute noch – ein unterschiedliches Geschichtsbild und damit verbunden auch Politikverständnis in Ost und West?**

Ja, es gibt weiterhin – bezogen auf bestimmte historische Abschnitte – ein unterschiedliches Geschichtsbild unter Ost- und Westdeutschen. Viele Ostdeutsche assoziieren zum Beispiel mit Nationalsozialismus vor allem Krieg und Teilung, viele Westdeutsche denken zuerst an den Holocaust. Der größte Unterschied besteht in der Bewertung der DDR. Eine breite Mehrheit der Ostdeutschen blendet die dunklen Seiten der sozialistischen Diktatur aus oder verharmlost sie und stellt die – im Nachhinein idealisierten – sozialen Verhältnisse in den Vordergrund. Für eine deutliche Mehrheit der Westdeutschen war die DDR zuerst eine menschenverachtende Diktatur, die das Land teilte und die eigene Bevölkerung unterdrückte. Eine Mehrheit der Ostdeutschen hat weiterhin eine beträchtliche Distanz zur Politik im wiedervereinigten Deutschland; nur etwa jeder Dritte hält die Demokratie für verteidigungswert. Bei den Westdeutschen steht eine sehr breite Mehrheit weiterhin zu „ihrem“ freiheitlich-demokratischen Staat, den sie selbstverständlich für verteidigungswert hält.

---

#### **Über Prof. Dr. Klaus Schroeder:**

Prof. Dr. Klaus Schroeder ist Soziologe und Politikwissenschaftler. Er ist seit 1992 Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität (FU) Berlin und arbeitet als Professor am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Deutsche Teilungsgeschichte, die Geschichte der DDR, der Wiedervereinigungsprozess sowie die Themen Extremismus und Sozialstaat. Gemeinsam mit Prof. Peter Massing entwickelte er den weiterbildenden Masterstudiengang „Politik und deutsche Nachkriegsgeschichte“, dessen sechster Durchgang im Januar 2013 beginnen wird. Im August berief ihn der Deutsche Bundestag in das wissenschaftliche Beratungsgremium der Bundesbehörde für Stasi-Unterlagen (BStU).

### **Veröffentlichung:**

Die Ergebnisse der umfangreichen Studie sind vor kurzem in einem Buch veröffentlicht worden:  
*Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder/Rita Quasten/Dagmar Schulze Heuling*  
*Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen*  
Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main u.a. 2012, 608 Seiten, 39,90 Euro

[zur Übersicht](#)

## **3. PREIS POLITISCHE BILDUNG – AUSSCHREIBUNG HAT BEGONNEN**

### **Thema 2013: „Politik? – Das verstehen wir darunter!“**

Die besonderen Leistungen, die in der Politischen Bildung erbracht werden, hervorzuheben, sichtbar zu machen und zu würdigen, das ist die Idee des „Preises Politische Bildung“, der 2013 zum dritten Mal vergeben wird. Das aktuelle Thema lautet „Politik? – Das verstehen wir darunter!“. Der Preis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert und wird vom bap und mit finanzieller und ideeller Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb vergeben. Bewerbungen sind bis zum 28. Februar 2013 möglich, die Auszeichnung der Preisträger erfolgt im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung im Mai 2013.

Der aktuelle thematische Schwerpunkt ist bewusst gewählt, denn in unserer Gesellschaft stehen Politik, politische Entscheidungen und insbesondere deren Zustandekommen immer wieder in der Kritik. Gleichzeitig sind alle Bürger und Bürgerinnen – ob jung oder alt – von politischen Entscheidungen betroffen. Wir möchten mit der diesjährigen Ausschreibung Projekte und Veranstaltungen prämiieren, die sich grundsätzlich mit dem Politikverständnis in der Gesellschaft wie in einzelnen gesellschaftlichen Gruppen befassen und dabei folgende Fragestellungen thematisieren: Welches Politikverständnis haben wir? In welchen Lebensbereichen – Stichwort Lebens- und Arbeitswelt – spiegelt sich Politik wider? Gibt es Unterschiede in der Haltung zur Politik in den verschiedenen Generationen und/oder Lebenszusammenhängen? Oder: Wie kann durch politische Bildungsarbeit das Interesse an Politik gestärkt werden?

Zugelassen sind Projekte und Veranstaltungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen wie auch Organisationen und Initiativen, die in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig sind.

Bewerben können sich Einzelpersonen, wie auch Organisationen und Initiativen, die in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig sind. Dabei kann es sich ebenso um Projekte, die das Politikverständnis innerhalb des institutionellen Rahmens der Politik fördern, wie um Projekte und Initiativen von Gruppen, die sich mit dem Politikverständnis in den verschiedenen Subsystemen unserer Gesellschaft beschäftigen.

Die Projekte und Aktionen müssen bereits in der Praxis erprobt und sollten im Zeitraum vom 01. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2012 durchgeführt worden sein. Die Bewerbungsfrist endet am 28. Februar 2013.

Mehr Informationen und den Flyer zum Download finden Sie auf der bap-Website unter:

<http://www.bap-politischebildung.de/preis-politische-bildung>

[zur Übersicht](#)

## 4. TRÄGER VERABSCHIEDEN STELLUNGNAHME ZUM JAHRESSTEUERGESETZ 2013

### Forderung: Abgrenzungskriterium der „reinen Freizeitgestaltung“ streichen

Insgesamt sechs Bundesorganisationen haben eine Stellungnahme zum Umsatzsteuergesetz 2013 beschlossen. Die Träger weisen in ihrer Stellungnahme auf die geplante Zusammenfassung der zentralen Umsatzsteuer-Befreiungsvorschriften für Bildungsleistungen in einer Norm (§ 4 Nr. 21 UStG) hin sowie auf die gleichzeitige Streichung des bisherigen § 4 Nr. 22a UStG. Unterzeichnet ist die „Stellungnahme der öffentlich verantworteten Weiterbildung zum Umsatzsteuergesetz“ vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, dem Deutschen Volkshochschulverband, dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung und dem Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum.

Bisher waren Bildungsanbieter wie z.B. Bildungsstätten und Volkshochschulen von der Umsatzsteuer befreit. Nach dem vorgelegten Gesetzentwurf sollen ab dem nächsten Jahr aber nur noch solche Bildungsleistungen von der Umsatzsteuer entlastet sein, die „spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten“ vermitteln, während Angebote, die der „reinen Freizeitgestaltung“ dienen, von der Steuerbefreiung ausgenommen werden sollen.

Das Abgrenzungskriterium „Freizeitgestaltung“ in der geplanten Novelle ist nach Ansicht der Träger gänzlich ungeeignet, nicht nur, weil es völlig unspezifisch ist, sondern weil es einem modernen, ganzheitlichen Bildungsverständnis widerspricht. Mit der Stellungnahme wird der Gesetzgeber aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der öffentliche Auftrag von Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens nicht durch steuerliche Praxis unterhöhlt wird. Das steuerlich und bildungspolitisch untaugliche Abgrenzungskriterium der „reinen Freizeitgestaltung“ muss, so die Schlussfolgerung, aus dem Gesetzestext entfernt werden.

Die komplette Stellungnahme können Sie auf der Website des bap herunterladen: <http://www.bap-politischebildung.de/2012/09/traeger-verabschieden-stellungnahme-zum-jahressteuergesetz-2013/>

[zur Übersicht](#)

## 5. RICHTLINIEN DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG VERÖFFENTLICHT

### Auch Schwerpunktthemen für 2013 stehen fest

Die neuen Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sind im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht. Sie gelten ab dem 01. Januar 2013 und werden eine grundlegende Umstellung im Zuwendungsverfahren bringen.

Die Neufassung der Richtlinien war notwendig geworden, nachdem 2009 die Finanzverwaltung von Nordrhein-Westfalen festgestellt hatte, dass auf die Zuwendungen der bpb wegen ihres ‚teilnahmeentgelt-auffüllenden‘ Charakters Umsatzsteuer abzuführen sei. Die Arbeitsgruppe Richtlinien des bap hat in gemeinsamen Sitzungen und Gesprächen mit der Bundeszentrale für politische Bildung die Anliegen und Interessen der Träger in den Entstehungsprozess eingebracht.

Zentrales Anliegen der Reform war es, die Umsatzsteuerproblematik abschließend zu klären, was durch die Umstellung der Förderung von Fehlbetrags- auf Festbetragsfinanzierung gelungen ist. Das heißt, dass zukünftig die Entscheidung über die Fördersumme als Festbetragsfinanzierung pro Programmtag und erwarteter Teilnehmendenzahl vor Durchführung einer Veranstaltung getroffen wird. Grundlage dafür ist der auf die jeweilige Veranstaltung bezogene Einzelantrag. Damit verlagern sich die Schwerpunkte der Bearbeitung: War bisher die Phase der Vorlage des

Verwendungsnachweises für die Förderung der Veranstaltungen entscheidend, wird es in Zukunft die Phase der Antragstellung sein.

Die Anträge für das nächste Jahr müssen bereits auf der Grundlage der neuen Richtlinien gestellt werden. Für Träger, die keiner Zentralstelle angehören und von dieser geschult werden, wird die bpb „praxisorientierte Veranstaltungen“ anbieten, in denen auf der Grundlage der neuen Richtlinien praxisnah eine Berechnung verschiedener Programmarten erfolgen soll. Die Einladungen zu diesen Veranstaltungen erfolgte durch die bpb.

Weitere Informationen unter: <http://www.bap-politischebildung.de/2012/08/richtlinien-der-bundeszentrale-fuer-politische-bildung-sind-verabschiedet/>

### **bpb-Schwerpunktt Themen für 2013 liegen fest**

Weiterhin hat die bpb folgende Schwerpunktt Themen für 2013 festgelegt:

1. Ökonomische Entwicklung und gesellschaftliche Verantwortung
2. Europas Zukunft
3. Internationale Entwicklungen und sicherheitspolitische Herausforderungen
4. Demokratie im Wandel - Partizipation - gesellschaftlicher Zusammenhalt
5. Das 20. Jahrhundert: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Fall der Mauer
6. Rohstoffe, Energiepolitik, Klimawandel und Technikentwicklung.

Darüber hinaus wird die bpb für 2013 voraussichtlich zusätzliche Mittel für Kurse im Themenfeld „Rechtsextremismus“ zur Verfügung stellen.

[zur Übersicht](#)

## **6. JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG**

### **Thema 3/2012: Neue Formate**

Kürzlich erschien die dritte Ausgabe 2012 des Journals für politische Bildung zum Thema „Neue Formate“. Lesen Sie hier das Editorial von Chefredakteur Johannes Schillo.

#### **Editorial**

Den Imperativ der Erneuerung kann man getrost als alten Hut der Pädagogik bezeichnen, vor allem in der außerschulischen, „non-formalen“ Szene der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, wo Experimente, Methodenentwicklungen oder Veranstaltungsinnovationen von Anfang an zum Kerngeschäft dazugehörten und bis heute eine besondere Attraktivität der einschlägigen Bildungsangebote ausmachen – Angebote, die sich ja auf einem Markt behaupten und mit allerlei modischen Trends konkurrieren müssen. Hier handelt es sich zudem um einen Experimentierort, der exemplarische Bedeutung hat. „Insbesondere in der politischen Jugendbildung“, schrieb Ingeborg Pistohl im Schwerpunktheft „Neue Lernformate“ der Zeitschrift *Außerschulischen Bildung* (2/11), „wurden viele die Beteiligung der Lernenden aktivierende Ansätze entwickelt, die auch die pädagogische Praxis in anderen Bereichen beeinflussten.“

In der letzten Zeit haben vor allem die Innovationen der Online-Kommunikation von sich reden gemacht. Und in der Tat haben sich dadurch ja gravierende Veränderungen der Mediengesellschaft ergeben – bis hin zum Feld der Netzpolitik, das seine eigenen Themen und Kontroversen generiert und mittlerweile weltweit neue politische Bewegungen hat entstehen lassen. Um das Web 2.0 geht es natürlich auch im vorliegenden Heft. Doch soll dies nur als *ein* Beispiel dafür stehen, wie politische und gesellschaftliche Prozesse den Aufgabenkatalog der Bildungsarbeit konstituieren und wie sich von daher die Notwendigkeit einstellt, didaktisch-methodische Veränderungen vorzunehmen – oder eben auch nicht. Denn Bildungsarbeit bleibt letztlich darauf verwiesen, dass sie ein dialogischer, informativer und argumentativer Prozess ist, der es mit den politischen Grundfragen von Macht und Herrschaft, Interesse, Konflikt und Konsens zu tun hat.



Professor Peter Faulstich (Universität Hamburg) eröffnet den Schwerpunktteil mit einem Grundsatzbeitrag, der in diesem Sinne auf die Notwendigkeit von Neuerungen eingeht und sie zurückbindet an die Veränderungen im politischen System und seiner Umwelt. Im folgenden Beitrag von Dr. Alexander Klier (DGB-Bildungswerk) wird der öffentliche Raum selber als Lernfeld der politischen Bildung vorgestellt – und dieser Zugang an markanten Beispielen erläutert. Dies setzt Melanie Schuster (Robert Bosch Stiftung) fort, indem sie die Chancen eines besonderen öffentlichen Ortes, nämlich des „Lernorts Stadion“, herausstellt. Sascha Rex (Deutscher Volkshochschul-Verband) präsentiert dann vier Beispiele der Formatinnovation politischer Bildung an Volkshochschulen: zweimal mit und zweimal ohne Schwerpunkt auf der Online-Kommunikation. Abschließend diskutiert Professor Franz Josef Röhl (Fachhochschule Darmstadt) lerntheoretische Konsequenzen, die sich vor allem aus der Weiterentwicklung des Web 2.0 ergeben.

Außerhalb des Themenschwerpunkts wird zunächst – unter der Rubrik QuerDenken – der „Streitfall Kompetenzen“ verhandelt. Barbara Menke, Leiterin der Arbeitsgruppe Grundsatzfragen des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), fasst die Ergebnisse des Fachgesprächs vom 28. März 2012 in Frankfurt am Main zusammen und zieht Schlussfolgerungen für die Auseinandersetzung der non-formalen politischen Bildung mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen. Im Anschluss daran werden unter der Rubrik ÜberGrenzen Fragen der internationalen und europäischen Begegnung diskutiert. Benedikt Widmaier hält hier ein Plädoyer für die strategische Orientierung an Kosmopolitisierung in der politischen Bildung.

Weitere Heftplanung:  
Heft 4/12 Gesellschaft gemeinsam gestalten

### Bezugsbedingungen

„Journal für politische Bildung“ erscheint vierteljährlich. Das Jahresabonnement kostet EUR 56,00, das Einzelheft EUR 16,80, jeweils zuzüglich Versandkosten. Verlag und Bezugsadresse: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196/84010, Fax: 0 61 96 /86065, [info@wochenschau-verlag.de](mailto:info@wochenschau-verlag.de), [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de), [journal@wochenschau-verlag.de](mailto:journal@wochenschau-verlag.de)

[zur Übersicht](#)

## 7. AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN

Themen u.a. Deutsch-französisches Jugendwerk, Vorsteuerabzug, Rechtsextremismus

### Mehr Geld für Deutsch-französisches Jugendwerk

Der deutsche Beitrag zum Deutsch-französischen Jugendwerk wird im kommenden Jahr um eine Millionen Euro auf insgesamt 11,23 Millionen Euro erhöht. Dies beschloss der Haushaltsausschuss am Donnerstagmittag einstimmig bei den Beratungen des Haushaltes 2013 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Allerdings werden die Mehrausgaben von einer Millionen Euro gesperrt, da abgewartet werden soll, was der französische Partner macht. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Eingespart werden sollen die Mehrausgaben auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP vor allem bei den Ausgaben für Informationstechnik. Zahlreiche Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen lehnte der Ausschuss mit der Koalitionsmehrheit ab. Die Opposition setzte sich dabei unter anderem dafür ein, Maßnahmen zur Stärkung von Gewalt, Toleranz und Demokratie mit mehr Mitteln auszustatten. Dafür sind bisher 29 Millionen Euro vorgesehen. Bundesministerin Kristina Schröder (CDU) erklärte dazu, dass in den vergangenen 15 Jahren immer Projekte gegen Extremismus finanziert worden seien. Dazu hätten auch immer Projekte gegen Rechtsextremismus gehört. „Das wird auch in Zukunft so sein“, betonte sie.

Quelle: Heute im Bundestag, Nr. 424

## **Mitwirkungsrechte von Kindern stärken**

Kinder- und Jugendliche werden immer öfter in das gesellschaftliche Leben einbezogen, doch noch immer gibt es bei den Beteiligungsmöglichkeiten der Heranwachsenden Nachholbedarf. Vor allem in der Schule sei der Partizipationsgrad sehr unbefriedigend. Das wurde bei einem nichtöffentlichen Expertengespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am Mittwochnachmittag deutlich. „Schule hat eigentlich eine Riesenchance, weil sie durch die Schulpflicht alle Kinder und Jugendlichen erreicht“, macht Ursula Winklhofer vom Deutschen Jugendinstitut deutlich. Doch insbesondere im Bildungswesen seien die Entscheidungsräume für Jugendliche sehr begrenzt. Um diese zu öffnen, gehöre es auch dazu, dass Erwachsene an Macht abgeben, machte Winklhofer deutlich. Dabei müssten auch Erzieher und Lehrer ihre Rolle überdenken. Das Thema Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen muss stärker im Ausbildungsplan der pädagogischen Berufe verankert werden, fügte Expertin Rebekka Bendig von der Prozessbegleitung Partizipation hinzu. Oft seien die Strukturen und Methoden vorhanden. „Erwachsene müssen jedoch offen sein, damit Beteiligung der Kinder und Jugendlichen gelingt“, so Bendig.

Quelle: Heute im Bundestag, Nr. 423

---

## **Mehr Geld für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe**

Die Härteleistungen für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe sollen um 500.000 Euro auf insgesamt eine Million Euro erhöht werden. Dies beschloss der Haushaltsausschuss einstimmig am Mittwochabend bei den Haushaltsberatungen 2013 beim Etat des Bundesministeriums der Justiz. Die Abgeordneten hielten die Erhöhung aufgrund massiv gestiegener Fallzahlen im Zuge der NSU-Verbrechen für notwendig. Finanziert werden sollen diese Mehrausgaben vor allem durch verringerte Ausgaben für die Informationstechnik. Im Übrigen passierte dieser Einzelplan ohne Änderungen den Haushaltsausschuss.

Dies galt auch für die Etats des Bundespräsidenten, des Bundesrates und des Bundesverfassungsgerichts. Über die zukünftige Amtsausstattung ehemaliger Bundespräsidenten soll erst in der Bereinigungssitzung am 8. November endgültig entschieden werden.

Quelle: Heute im Bundestag, Nr. 421

---

## **Wirtschaft will Vorsteuerabzug bei Bildungsleistungen nicht verlieren**

In der öffentlichen Anhörung zum Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2013 (17/10000) ist Kritik an der von der Bundesregierung geplanten Freistellung von Bildungsleistungen von der Umsatzsteuer geübt worden. Davon betroffene Unternehmen würden die Möglichkeit des Vorsteuerabzuges verlieren. „Entgegen der Intention des Gesetzgebers würde die Neuregelung vielfach zu einer Verteuerung von Bildungsleistungen führen, da die erhöhten Kosten an den Endverbraucher weitergegeben würden“, klagte die Bundessteuerberaterkammer am Mittwoch in ihrer Stellungnahme. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft warnten vor „Mehraufwand sowohl finanzieller als auch administrativer Art“. Auch Privatschulen wären vom Wegfall des Vorsteuerabzuges betroffen. Ziel der Regelung ist die Anpassung des nationalen Rechts an das europäische Mehrwertsteuerrecht.

Zwar sollen reine Bildungsleistungen umsatzsteuerfrei sein, jedoch gilt dies nach dem Entwurf nicht für Leistungen zur Freizeitgestaltung. Der Musikwissenschaftler Andreas Bertheau (Universität Potsdam) äußerte daher in seiner schriftlichen Stellungnahme die Befürchtung, dass private Musikschulen in Zukunft 19 Prozent Mehrwertsteuer von ihren Kunden zusätzlich zu den Kursgebühren verlangen müssten. „Die Marktsituation ermöglicht es nicht, die Umsatzsteuer auf die Eltern der in der Regel minderjährigen Schülerinnen und Schüler umzulegen“, so Bertheau. Laut Professor Karl-Georg Loritz besteht in der Umsatzsteuerfrage jedoch noch Spielraum, den der Gesetzgeber ausnützen könne. [.....]

Mehr unter: [http://www.bundestag.de/presse/hib/2012\\_09/2012\\_418/01.html](http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_09/2012_418/01.html)

Quelle: Heute im Bundestag, Nr. 418

---



#### **44 Menschen im Juli infolge politisch rechts motivierter Kriminalität verletzt**

Im Juli dieses Jahres sind in Deutschland 44 Menschen infolge politisch rechts motivierter Straftaten verletzt worden. Wie aus der Antwort der Bundesregierung (17/10625) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/10512) hervorgeht, wurden zu den für Juli 2012 erfassten 973 politisch rechts motivierten Straftaten insgesamt 476 Tatverdächtige ermittelt. Acht Personen, davon sieben Männer, wurden der Antwort zufolge festgenommen. Gegen einen Mann sei Haftbefehl erlassen worden. Die genannten Zahlen können sich laut Regierung „aufgrund von Nachmeldungen noch (teilweise erheblich) verändern“.

Quelle: Heute im Bundestag, Nr. 404

---

#### **Im Bundestag notiert: neues Petitionsrecht**

Die Bundesregierung soll ein neues Petitionsrecht vorlegen, das auch die Behandlung von Massen- und Sammelpetitionen im Plenum und in den zuständigen Fachausschüssen vorsieht. Das fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/10682). Das bisherige Petitionsrecht reiche oft nicht aus, und Bürgerinnen und Bürger seien von langwierigen Petitionsverfahren enttäuscht, schreiben die Abgeordneten. Das „letztendliche Legislativrecht des gewählten Deutschen Bundestages“ werde durch den Vorschlag nicht eingeschränkt, heißt es weiter.

Quelle: Heute im Bundestag, Nr. 401

---

#### **75 Menschen infolge politisch motivierter Straftaten im Juli 2012 verletzt**

Im Juli dieses Jahres sind in Deutschland 75 Menschen infolge politisch motivierter Straftaten verletzt worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (17/10599) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion (17/10505) hervor.

Bis zum 28. August sind danach dem Bundeskriminalamt (BKA) für Juli 2012 insgesamt 1.352 solcher Straftaten gemeldet worden, darunter 111 Gewalttaten und 779 Propagandadelikte. Bis zum genannten Stichtag konnten den Angaben zufolge 700 Tatverdächtige ermittelt werden. 19 von ihnen seien vorläufig festgenommen worden. Wie es in der Vorlage weiter heißt, wurden zwei Haftbefehle erlassen. Von den 1.352 Straftaten entfielen laut Antwort 973 auf die politisch rechts motivierte Kriminalität. Die Zahl der darunter befindlichen Gewalttaten wird mit 51 angegeben und die der Verletzten mit 44. Die Zahl der politisch links motivierten Straftaten beläuft sich den Angaben zufolge auf 234, von denen 46 Gewalttaten waren. [...]

Quelle: Heute im Bundestag, Nr. 394

[zur Übersicht](#)

## **8. TERMINE UND HINWEISE**

### **Informationen aus der Politischen Bildung**

---

Weitere Hinweise, Veranstaltungen und Termine finden Sie auch auf unserer Website [www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de). Dort erhalten Sie auch weiterführende Informationen und Links.

---

#### **GEMINI-Projekt „KIK – Jugendbildung“ - Kompetenzen, Interessen, Kooperationen Politische Jugendbildung für Perspektiven in der Arbeitsgesellschaft**

Ausbildung und Arbeit gelten als zentrale Bereiche gesellschaftlicher Integration und Teilhabe. In diesem Projekt politischer Bildung erwerben Jugendliche Kompetenzen für die Bewältigung des Übergangs in die Arbeitswelt und zur Mitgestaltung in Arbeit und Gesellschaft. Im Rahmen eines gemeinsamen Projekts beschäftigen sich die in der GEMINI (Gemeinsame Initiative der Träger Poli-

tischer Jugendbildung im bap) zusammenarbeitenden bundeszentralen Verbände der politischen Jugendbildung mit dieser Phase im Lebenslauf und entwickeln und realisieren Ansätze politischer Jugendbildung, zur Reflexion persönlicher Orientierungen, der Beschäftigung mit Lebensentwürfen und zur Stärkung sozialer und demokratischer Kompetenzen im Alltag und der Arbeitswelt. Zielgruppe des Projekts sind Jugendliche, deren Übergang durch persönliche und strukturelle Faktoren erschwert ist. Die Jugendlichen werden in den verschiedenen Vorhaben auf die Herausforderungen des Übergangs vorbereitet, bei ihrer Bewältigung unterstützt und bei der Integration in die Arbeitswelt begleitet.

Das Projekt läuft bis zum 31. Dezember 2013. Es wird gefördert aus Mitteln des Innovationsfonds Eigenständige Jugendpolitik des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP).

Weitere Informationen erteilt Klaus Waldmann, Sprecher der GEMINI und Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, E-Mail [waldmann@politische-jugendbildung-et.de](mailto:waldmann@politische-jugendbildung-et.de) oder unter [www.bap-politischebildung.de/2012/08/kik-kompetenzen-interessen-kooperation/](http://www.bap-politischebildung.de/2012/08/kik-kompetenzen-interessen-kooperation/) oder <http://www.kik-jugendbildung.net/>

---

### **BMBF „Kultur macht stark“: Projektkonzepte von bap-Mitgliedern erfolgreich**

Deutschlandweit erhalten 35 Bundesverbände und -initiativen bis zu 230 Millionen Euro aus dem Förderprogramm „Kultur macht stark - Bündnisse für Bildung“. Im September gab Bundesministerin Annette Schavan in Berlin die Gewinner bekannt, darunter auch Mitglieder des Bundesausschuss Politische Bildung:

Die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB), die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung (familienbildung deutschland) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) erhielten den Zuschlag für das gemeinsame Projektkonzept „Kulturbotschafterinnen und Kulturbotschafter im Sozialraum – Kultur und Medien im Alltag“. Der Deutsche Volkshochschulverband wurde für sein Projekt talentCAMPus ausgezeichnet, ein Ferienbildungsprogramm für 10-18-jährige Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus. Der Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum erhielt den Zuschlag für das Projekt „Individuelle Ebene“. Methodisches Konzept ist das residentielle Lernen.

Mit den Fördermitteln werden außerschulische Maßnahmen der kulturellen Bildung finanziert, die mit mindestens zwei weiteren Kooperationspartnern in lokalen Bündnissen für Bildung angeboten werden können. Teil eines lokalen Bündnisses können zum Beispiel Chöre, Musik- oder Theatergruppen, Bibliotheken, aber auch Kindergärten oder Schulen sein. „Gute Bildung ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Mit den Bündnissen für Bildung bieten wir benachteiligten Kindern und Jugendlichen zusätzliche Bildungschancen“, erklärte Schavan. „Dabei konzentrieren wir uns mit ‚Kultur macht stark‘ auf die kulturelle Bildung, weil sich junge Menschen dadurch neue Ausdrucksformen erschließen können, die ihrer individuellen Entwicklung und ihrem Bildungserfolg entscheidend zugutekommen.“ Die Ministerin zeigte sich erfreut über die hohe Qualität der eingereichten Konzepte und betonte: „Sie zeigen, dass gute Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, bei der wir alle an einem Strang ziehen.“

Weitere Informationen zum Förderprogramm und den Gewinnern der Ausschreibung unter [www.buendnisse-fuer-bildung.de](http://www.buendnisse-fuer-bildung.de).

---

### **26. bis 28.11.2012: AKSB-Jahrestagung 2012 und Feierlichkeiten „60 Jahre AKSB“**

Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens finden vom 26. bis zum 28. November 2012 Mitgliederversammlung und Festakt „60 Jahre AKSB“ in der Katholischen Akademie in Berlin statt. Den Flyer für die Jahrestagung (26. und 27. November 2012, „Vertrauen – Herausforderungen für Politische Kultur und Bildung“) und die Einladungskarte zu Festgottesdienst (27. November 2012 um 17.00 Uhr) und Festakt (27. November 2012, 18.00 Uhr, Festrede vom Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Thierse, zum Thema „Demokratie braucht Vertrauen“) können Sie unter [www.aksb.de](http://www.aksb.de) herunterladen.

### **„Gesellschaftlich Wirken – Gesellschaftspolitisches Engagement im Wandel der Zeit“ 3. bis 7. Dezember 2012, ForumNRW, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn**

Einzelne politische Epochen haben im Nachhinein ihr Etikett aufgedrückt bekommen. Der jeweilige Politikstil jeder einzelnen Epoche prägte immer auch das Lebensgefühl der Menschen und den Zustand der Gesellschaft. Wir diskutieren im Seminar, welchem Wandel der Einzelne und die Gesellschaft unterworfen sind, welche Folgen und welche Perspektiven dies für Gewerkschaften, Verbände oder Parteien hat?

Die Teilnahmegebühr beträgt 100,00 EUR, es kann Bildungsurlaub beantragt werden.  
Anmeldung bei Kim Hegelau, E-Mail [Kim.Hegelau@fes.de](mailto:Kim.Hegelau@fes.de).

### **FES gibt Lesebuch „Geschichte der Sozialen Demokratie“ heraus**

Geschichte bedeutet Identität und ist ein wesentlicher Bestandteil politischer Bildung. Das Lesebuch Geschichte der Sozialen Demokratie ist eine Einladung, sich mit Ursprüngen und prägenden Wegmarken Sozialer Demokratie vertraut zu machen. Es ist in der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden. Die Reihe der Lesebücher der Sozialen Demokratie will Zusammenhänge fundiert und klar darstellen und mit wissenschaftlichem Gehalt präzise und prägnant formulieren.

Das Buch ist am 12. September erschienen. Mehr Informationen, eine Vorschau und Bestellmöglichkeiten unter [www.fes-soziale-demokratie.de](http://www.fes-soziale-demokratie.de)

Michael Reschke / Christian Krell / Jochen Dahm u. a. (2012), Lesebuch: Geschichte der Sozialen Demokratie, Lesebücher der Sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

---

### **Neuer Vorsitzender beim Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN**

Die Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises hat am 5. September 2012 Matthias Anbuhl zum 1. Vorsitzenden gewählt. Er löst den bisherigen Vorsitzenden Dr. Dieter Eich ab, der für den DGB dieses Amt mehr als 20 Jahre ausgefüllt hatte. Matthias Anbuhl ist Leiter der Abteilung Bildungspolitik und gewerkschaftliche Bildungsarbeit beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). In seinem Statement plädierte er dafür, dass politische Bildung für alle Menschen zugänglich sein müsse. Weiterhin konstatierte er, dass die Arbeitsgemeinschaft ARBEIT UND LEBEN, getragen von DGB und Volkshochschule für die Vermittlung von Bildung und Kompetenzen in zwei Feldern stehe, die von zentraler Bedeutung für unsere Gesellschaft sind: der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe sowie der Teilhabe an der Berufs- und Arbeitswelt.

---

### **Neues gemeinwesenorientiertes Projekt mit Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

„Bürgerschaftliches Engagement und Netzwerkarbeit kompetent gestalten - Kompetenzentwicklung für afrikanische Migrantinnen und Migranten zur Stärkung ihrer Gemeinwesenarbeit“ lautet das zweijährige Projekt, dass bei ARBEIT UND LEBEN Bremen angesiedelt ist.

Das Projekt zielt zum einen durch ein prozessbegleitendes Qualifizierungs- und Beratungsangebot auf die Kompetenzerweiterung der afrikanischen Migrantinnen und Migranten zur Stärkung ihres bürgerschaftlichen Engagements in Bremen. Zum anderen fördert es durch den Aufbau eines Pools von qualifizierten Referenten mit afrikanischer Herkunft zu afrikanischen Themen neben einem realistischen Afrikabild jenseits von Mediens Schlagzeilen den Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit der einheimischen Bevölkerung.

Weitere Informationen: Manfred Weule, ARBEIT UND LEBEN Bremen, E-Mail [m.weule@aulbremen.de](mailto:m.weule@aulbremen.de), Telefon: 0421/ 96089-14

---

## **Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN legt Geschäftsbericht 2010 – 2011 vor**

„Für eine demokratische Kultur der Partizipation – Weiterbildung in der Reichweite der Menschen“ ist das Leitmotiv des Berichtes, der über die Tätigkeit des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN für die Jahre 2010 und 2011 Auskunft gibt.

Mit seiner Programmarbeit hat sich der Bundesarbeitskreis auch in dieser Berichtszeit den gesellschaftlich relevanten Fragen und Entwicklungsperspektiven gestellt und sie in Projekten und Förderprogrammen im Rahmen politischer Bildung, aber auch in der Verbindung mit anderen Bildungsbereichen bearbeitet.

Der Printbericht kann beim Bundesarbeitskreis unter [bildung@arbeitundleben.de](mailto:bildung@arbeitundleben.de) bezogen werden oder steht unter [www.arbeitundleben.de](http://www.arbeitundleben.de) zum Download bereit.

---

## **INTAKT-Fachtagung Berlin: Selbstgesteuertes Lernen und eigenständiges Handeln fördern**

Mit „Interkulturelle Berufsfelderkundungen“ im Rahmen europäischer Mobilitätsförderung in der beruflichen Bildung hat ARBEIT UND LEBEN vielfältige Erfahrungen gemacht. Auf dieser Grundlage wurde mit dem aus dem Leonardo-da-Vinci-Programm der Europäischen Union geförderten Projektes INTAKT der Versuch unternommen, diesen Ansatz so weiter zu entwickeln, dass die im Ausland erarbeiteten Arbeitsergebnisse ausbildungsbezogen anerkannt werden können. Bei einer internationalen Fachtagung am 6./7. September 2012 in Berlin stellte ARBEIT UND LEBEN die Ergebnisse des INTAKT-Projektes vor, die sowohl bei Teilnehmenden als auch Ausbildungsverantwortlichen auf positive Resonanz stießen.

Weitere Informationen: Sebastian Welter, E-Mail [welter@arbeitundleben.de](mailto:welter@arbeitundleben.de),  
Telefon: 0202/97404-13

---

## **AdB mit Modellprojekt „Blended Learning Democracy“**

Die Förderung und Verbesserung der Partizipation junger Menschen mit Elementen des onlinegestützten Lernens ist das Ziel des 18-monatigen Modellprojekts „Blended Learning Democracy“ des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, AdB. Dabei soll eine Lernplattform entstehen, die als virtueller Lernraum für junge Menschen gestaltet und an den Anforderungen für die politische Bildungsarbeit ausgerichtet sein wird. Entsprechend dem altersspezifischen Nutzungsverhalten von Jugendlichen soll die Lernplattform ansprechend gestaltet sein, mit klarer Struktur und unkompliziertem Zugang. Nach Ablauf der Projektzeit soll die Lernplattform allen interessierten Trägern für ihre politische Bildungsarbeit zur Verfügung stehen. Weiterhin sieht das Projekt die Ausbildung von Blended-Learning-Tutoren vor, um die Verbindung von eDemocracy-Ansätzen mit Politischer Bildung konzeptionell zu verankern und zu verstetigen. Die zweimodulige Ausbildung für Online-Tutoren wird vom 12. bis 14. November 2012 sowie vom 21. bis 23. Januar 2013 im Bielefelder Haus Neuland stattfinden. Eine gesonderte Ausschreibung dazu folgt in Kürze. Der AdB führt das Projekt in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen Herbert-Wehner-Bildungswerk (Dresden), LidiceHaus (Bremen) und der Bildungsstätte Bahnhof Göhrde (Nahrendorf-Breese) im Rahmen des Innovationsfonds zur Eigenständigen Jugendpolitik bis Dezember 2013 durch.

Weitere Informationen: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Boris Brokmeier, Tel. 030/ 400401-15, E-Mail [brokmeier@adb.de](mailto:brokmeier@adb.de).

---

## **Denkt@g 2012: Hinsehen – Einmischen – Mitgestalten Jugendwettbewerb gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus**

Auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog ist der 27. Januar – der Jahrestag der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz – seit 1996 in Deutschland offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Ende 2005 hat auch die UN-Vollversammlung diesen Tag zum weltweiten Holocaust-Gedenktag bestimmt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt dies seit einigen Jahren zum Anlass für eine Reihe von bundesweiten Projekten im Umfeld des 27. Januars. In zahlreichen Bundesländern werden Zeitzeugengespräche und Vortragsveranstaltungen, Lesungen und Ausstellungen durchgeführt. In dem bundesweiten Internetwettbewerb „DenkT@g“ unter Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert werden überdies junge Leute dazu aufgerufen, sich mit der Erinnerung an Shoa und NS-Diktatur, aber auch mit aktuellen Fragen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen.

Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2012. Die Preisverleihung findet am 27. Januar 2013 in Berlin statt.

---

### **Willi-Eichler-Bildungswerk bietet Qualifizierung von Schöffen**

Das Willi-Eichler-Bildungswerk in Köln bietet in diesem Jahr noch Weiterbildungsangebote für aktive Schöffinnen und Schöffen an und solche, die sich für dieses Ehrenamt interessieren. Die Veranstaltungen für Schöffinnen und Schöffen werden gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Infos und Kontakt: Willi-Eichler-Bildungswerk e.V., Rubensstr. 7-13, 50676 Köln, Tel. 0221-20407-42/43/44, E-Mail: kontakt@web-koeln.de, Internet: www.web-koeln.de

Die Termine im Einzelnen:

### **Die aktive Mitwirkung in der Beratung als Schwerpunkt schöffengerichtlicher Tätigkeit am 22.10.2012**

An Hand von vielen Beispielen aus der schöffengerichtlichen Praxis wollen wir Probleme erörtern, die zum Beispiel bei der Frage nach der Schuld des Angeklagten auftreten können. Wir üben praxisnah die Anwendung der Strafgesetze. Und wir erörtern mögliche Schwierigkeiten beim Finden einer konkreten, gerechten Strafe und wie diese in der Beratung gemeinsam zu lösen sind. Nähere Informationen unter <http://www.web-koeln.de/Seminare/details/?id=314>

### **Schöffenamt/Ehrenamt - Alt trifft Neu am 13.11.2012**

Im kommenden Jahr findet die nächste Schöffenwahl statt. Die amtierenden Schöffinnen und Schöffen gehen in ihr letztes Amtsjahr. In unserem Seminar wollen wir amtierende Schöffinnen und Schöffen von ihren Erfahrungen berichten lassen und Interessierte ermutigen, sich für das Schöffenamt zu engagieren. Was hat sich geändert durch das Schöffenamt? Gibt es eine andere Sicht auf Kriminalität und Strafe? Haben sich Einstellungen zu Tätern und Opfern geändert? Wie war die Zusammenarbeit mit den Berufsrichtern? Diese und andere Fragen wollen wir unter fachkundiger Leitung miteinander diskutieren.

Nähere Informationen unter <http://www.web-koeln.de/Seminare/details/?id=313>

### **Täter mit weißen Kragen – Wirtschaftskriminalität als Herausforderung für die Justiz - 30.11. bis 01.12.2012**

In Strafverfahren wegen Wirtschaftskriminalität ist alles etwas anders als in den sonstigen Verhandlungen. Wirtschaftsstrafverfahren stellen Berufsrichter und Schöffen vor besondere Herausforderungen. In diesem Seminar wollen wir zeigen, dass Wirtschaftsstrafrecht keine Geheimwissenschaft ist. Mit fachkundigen Erläuterungen der juristischen Hintergründe von Wirtschaftsstraftaten und der Klärung von rechtlichen und rechtspolitischen Zusammenhängen sollen die Teilnehmenden darin bestärkt werden, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in diese oft langwierigen und komplizierten Verfahren einzubringen und im Team mit den Berufsrichtern gleichberechtigt an der Hauptverhandlung und in der Urteilsberatung mitzuwirken.

Nähere Informationen unter <http://www.web-koeln.de/Seminare/details/?id=310>

---

### **Zentrum Eigenständige Jugendpolitik ist online/ 5. Fachforum am 5.12.2012 in Potsdam**

Mit einem eigenen Webauftritt [www.allianz-fuer-jugend.de](http://www.allianz-fuer-jugend.de) präsentiert sich das „Zentrum für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik und den Aufbau einer Allianz für Jugend“. Das Zentrum wurde eingerichtet, um einen gesellschaftlichen Dialogprozess über Jugendpolitik anzustoßen und auszugestalten. Aus diesem Prozess sollen breit abgestimmte Leitlinien, Forderungen und Empfehlungen für eine Eigenständige Jugendpolitik entstehen.

Drei zentrale jugendpolitische Anwendungsfelder stehen im Mittelpunkt der Zentrumsarbeit. Das sind „Schule und außerschulische Lern- und Bildungsorte“, „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“ und „Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt“. Neuigkeiten und Informationen zu diesen Anwendungsfeldern sind in einer eigenen Rubrik „Themenschwerpunkte“ eingestellt.

Im Rahmen der Fachforumsreihe zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik lädt das „Zentrum für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik und den Aufbau einer Allianz für Jugend“ in Kooperation mit dem Bundesjugendkuratorium und den Kommunalen Spitzenverbänden zum 5. Fachforum unter dem Thema „LOKALE ‚ALLIANZEN FÜR JUGEND‘ – MITDENKEN, MITLENKEN! zur Weiterentwicklung von Jugendhilfeplanung, Jugendhilfeausschüssen und Jugendberichterstattung für eine Eigenständige Jugendpolitik“. Termin ist der 5. Dezember 2012 von 11.00 bis 17.00 Uhr in Potsdam.

Infos und Kontakt: Geschäftsstelle „Zentrum Eigenständige Jugendpolitik“, c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030 400 40 231, E-Mail: [jana.schroeder@agj.de](mailto:jana.schroeder@agj.de)

---

### **Programm für lebenslanges Lernen: Aufruf 2013 veröffentlicht**

Die Europäische Kommission hat auf ihren Internetseiten die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm für lebenslanges Lernen 2013 (Call for Proposals 2013) sowie die europäischen Prioritäten und den Leitfaden 2013 veröffentlicht.

[http://www.na-bibb.de/service/presse/news/aufruf\\_2013.html](http://www.na-bibb.de/service/presse/news/aufruf_2013.html)

---

## **2. EU-Jugendbericht erschienen**

Der 2. EU-Jugendbericht wurde am 10. September 2012 von der Europäischen Kommission vorgestellt. Er gibt einen Überblick über die den Stand der EU-Jugendstrategie verabschiedet, die zwischen 2010 und 2018 umgesetzt werden soll.

In Bezug auf die Lage junger Menschen stehen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Mittelpunkt des Jugendberichts. So ist die Anzahl derjenigen jungen Menschen, die sich nicht in Ausbildung, Beschäftigung oder Weiterbildung befinden, in den meisten Mitgliedstaaten der EU stark angestiegen. Allein die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der 15-24-jährigen in der EU ist von 15 Prozent in 2008 auf 22,5 Prozent im Sommer 2012 gestiegen. Junge Menschen sind außerdem zunehmend der Gefahr sozialer Ausgrenzung und Armut ausgesetzt.

Aus den Ergebnissen des Jugendberichts schließt die Kommission, dass Jugendbeschäftigung, soziale Inklusion, Gesundheit und Wohlbefinden oberste Priorität europäischer Jugendpolitik werden sollten. Voraussichtlich in der Ratssitzung Ende November werden sich die Vertreter der Mitgliedstaaten und der Kommission auf einen gemeinsamen Bericht über die Umsetzung der EU-Jugendstrategie verständigen.

Weitere Informationen zum 2. EU-Jugendbericht unter [http://ec.europa.eu/youth/news/20120910\\_en.htm](http://ec.europa.eu/youth/news/20120910_en.htm)

---

## **EU: Anerkennung von non-formalem und informellem Lernen**

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag zur besseren Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Fähigkeiten vorgestellt, der bereits 2010 im Rahmen der Europa2020-Strategie angekündigt worden war. In ihrem Vorschlag fordert die Kommission die Mitgliedstaaten nun auf, bis 2015 nationale Systeme zur Anerkennung und Validierung des non-formellen und informellen Lernens zu schaffen. Hauptziel einer verbesserten Anerkennung des non-formalen und informellen Lernens ist aus Sicht der Kommission die Nutzung im beruflichen Kontext und der Beitrag für die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes.



Die Kommission empfiehlt dazu 4 Elemente, die in den nationalen Validierungssystemen enthalten sein sollen: Dazu gehört die Unterstützung der Betroffenen bei der Feststellung und Dokumentation ihrer Lernergebnisse, die Bewertung der von Einzelpersonen erzielten Lernergebnisse sowie die Bescheinigung dieser Lernergebnisse. Außerdem sollen die Validierungssysteme insbesondere auf benachteiligte Gruppen ausgerichtet werden, die besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht sind, um ihre Beteiligung am lebenslangen Lernen und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern. Daneben spricht sich die Kommission für ein „erschwingliches“ Validierungsverfahren aus. Die Mitgliedstaaten werden außerdem aufgefordert, relevante Stakeholder wie Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aber auch Jugendverbände und zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt werden. Der Vorschlag der Kommission muss zunächst durch den Rat und die dort vertretenen Mitgliedstaaten verabschiedet werden.

Der Vorschlag der Kommission kann hier heruntergeladen werden

[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/informal/proposal2012\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/informal/proposal2012_de.pdf)

---

### **„Fit für eine lebendige Demokratie“ - 7. Demokratietag Rheinland-Pfalz am 14.11. 2012 in Mainz**

Der 7. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz führt die Debatte um die Ausweitung der Bürgerbeteiligung zusammen mit dem Anspruch der Demokratiepädagogik, „Demokraten zu bilden“: Er fragt, was junge Menschen lernen, erfahren und können müssen, um fit für die Demokratie der Zukunft zu sein.

Der Demokratie-Tag soll als Forum des Austauschs zwischen Institutionen und Multiplikatoren der Demokratiepädagogik und der Politischen Bildung, zivilgesellschaftlichen Initiativen, interessierten Schulen sowie der Landespolitik dienen. Der symbolische Veranstaltungsort, der Landtag Rheinland-Pfalz, zeigt deutlich, dass diese Debatte inmitten des politischen Diskurses angekommen ist. Während der Veranstaltung werden wir über die Konsequenzen einer verstärkten und früheren Bürgerbeteiligung für unsere Demokratie und die demokratiepädagogische Praxis innerhalb und außerhalb von Schulen diskutieren. Unsere Ideen, Erfahrungen, Ziele und Forderungen tragen wir in die Landesregierung und das Landesparlament.

Die Teilnahme am 7. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz ist nur auf Einladung möglich. Bitte registrieren Sie sich, um sich für die Veranstaltung anzumelden unter

<http://www.inkongress.de/demokratietag/>

---

[zur Übersicht](#)

## **9. ABBESTELLUNG**

Sollten Sie keine weitere Zusendung des bap-Newsletters wünschen, bitten wir um kurze Nachricht an [service@bap-politischebildung.de](mailto:service@bap-politischebildung.de)

## **10. REDAKTION**

### **Bundesausschuss Politische Bildung**

Redaktion und Kontakt:

Christina Marx

crossrelations GmbH (GPRA)

Tel.: 0211 • 88 27 36 - 46

Fax: 0211 • 88 27 36 - 11

Mail: [presse@bap-politischebildung.de](mailto:presse@bap-politischebildung.de)

I-Net: [www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de)

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses

Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle veröffentlichten Informationen beruhen auf sorgfältigen Recherchen. Den Ausführungen liegen Quellen zugrunde, die der Herausgeber als vertrauenswürdig erachtet. Für die Inhalte externer Internetseiten, auf die mit Hilfe eines Links verwiesen wird, sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Jegliche Haftung durch den Bundesausschuss Politische Bildung ist daher ausgeschlossen.